

Statements zur Konjunkturmfrage Jahresbeginn 2019

Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben

Konjunkturrexpertin Sophia A. Krietenbrink

(Martin Wansleben)

Das Konjunkturbild in Deutschland verschlechtert sich deutlich. Insbesondere die Industrie leidet unter den Verwerfungen im außenwirtschaftlichen Umfeld. Betroffen sind nicht nur die Exporteure, sondern auch verbundene Zulieferer und Dienstleister im Inland. Nach neun Jahren Wachstum fängt allerdings auch die Binnenkonjunktur an zu schwächeln. Gleichzeitig fehlt es vielen Unternehmen, denen es eigentlich besser gehen könnte, an Fachkräften, um weiter zu wachsen (Risiko Fachkräftemangel: 61%, Bau: 81%).

Der Ausblick der Unternehmen verdunkelt sich daher. Die Geschäftserwartungen werden in allen Wirtschaftszweigen deutlich schlechter eingeschätzt. Die Sorgen um die Nachfrage aus dem In- und Ausland nehmen spürbar zu (Inlandsnachfrage: 38% nach 34%; Auslandsnachfrage: 37% nach 33%). Die Exporterwartungen fallen so niedrig aus wie zuletzt 2012. Auch die Investitions- und Beschäftigungsabsichten haben im Laufe des letzten Jahres merklich nachgelassen. Die wirtschaftspolitische Unsicherheit hinterlässt ihre Spuren. Aus Sicht der Unternehmen ist bislang trotz des langen Aufschwungs ein politischer Aufbruch in wichtigen Zukunftsfragen hierzulande nicht geglückt.

Für dieses Jahr (2019) rechnet der DIHK daher nur noch mit 0,9% Wachstum. Insofern nehmen wir unsere Prognose vom Herbst letzten Jahres von 1,7% kräftig zurück. Eine wirtschaftliche Krise prognostiziert der DIHK aber aktuell nicht. Allerdings kann das Wachstum noch stärker zurückgehen, wenn es zu einem chaotischen Brexit kommt. Gefährlich wird es auch, wenn die Handelskonflikte zwischen den USA und Europa sowie zwischen den USA und China eskalieren. Damit ist die Zeit des Schönredens nun endgültig vorüber. Die rückläufige Dynamik macht deutlich: Wachstum ist kein Selbstläufer. Statt an der Verteilung des Erreichten muss wieder stärker an der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts gearbeitet werden.

Die nachlassende Konjunktur führt derzeit nur zu geringen Anpassungen der Personalplanungen. Angesichts der weiter bestehenden Engpässe betrachtet die Mehrzahl der Unternehmen die Fachkräftesicherung als strategische Aufgabe. Der Beschäftigungsaufbau geht daher auch im vierzehnten Jahr weiter, wird aber an Schwung verlieren. Wir rechnen mit einem Plus von 430.000 Erwerbstätigen in diesem Jahr (Herbst 2018: 500.000). Die Dienstleister planen beim Personal sogar nochmals expansiver. Gleichzeitig sehen so viele Unternehmen wie noch nie in der Entwicklung der Arbeitskosten ein Hemmnis für ihre Geschäfte (43% nach zuletzt 41%).

Rund vier von zehn Unternehmen sehen in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ein Risiko. Dabei wird der Brexit mit am häufigsten genannt. Das Austrittsdatum rückt immer näher. Aus Sicht der Wirtschaft ist eine tragfähige Lösung nicht erkennbar. Die Sorgen um eine weitere Zuspitzung der US-Handelskonflikte sind ebenfalls groß. Einige Unternehmen sind durch die eingeführten Zölle und Gegenzölle auf Stahl und Aluminium bereits konkret betroffen. Dies gilt umso mehr, da es nicht nur um den Konflikt zwischen der USA und der EU, sondern auch um China geht – den drittgrößten Exportmarkt für deutsche Unternehmen. Das Expansionstempo in den USA und China lässt nach. Zudem bremsen die Handelsstreitigkeiten die globale Konjunktur insgesamt. Auch in der Europäischen Union – immerhin Deutschlands wichtigstem Absatzmarkt – verliert die wirtschaftliche Entwicklung an Schwung. Derweil geht die Diskussion um US-Zölle auf Automobile weiter. Diese würden Deutschland und andere europäische Märkte hart treffen. Umso wichtiger ist es, dass die EU und die USA mittlerweile auch über weniger Zölle sprechen. Zudem geben die neuen Freihandelsabkommen etwa mit Japan eine gewisse Hoffnung für den regelbasierten Freihandel. Viel kommt jetzt darauf an, dass die USA und China sich verständigen – allerdings nicht zu Lasten Europas.

Gleichwohl beschränken sich die Sorgen nicht nur auf das internationale Umfeld. Zwar sind die Preise für Öl und andere Industrierohstoffe auf dem Weltmarkt gesunken. Dennoch rückt die Entwicklung der Energie- und Rohstoffkosten hierzulande nochmal stärker ins Blickfeld (36% nach zuletzt 34%). In der Industrie nennt sogar mehr als jedes zweite Unternehmen dieses Risiko. Insbesondere die hierzulande hohen Stromkosten sind Treiber für die Sorgen. Sie stellen inzwischen ein strukturelles Risiko für integrierte Wertschöpfungsketten am Standort Deutschland dar. Die Stromkosten für mittelständische Industriebetriebe sind in Deutschland höher als in allen anderen EU-Ländern. Erforderlich wäre daher schon heute eine spürbare Senkung der Umlagen und Abgaben, um die hiesige Industrieproduktion auf Dauer wettbewerbsfähig zu halten. Dies macht deutlich, wie wichtig es ist, den schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung mit einer Kompensation bei den Strompreisen zu begleiten.

Als wirtschaftspolitisches Risiko nennen die Unternehmen auch die Steuerpolitik: Bei der Steuerbelastung der Unternehmen wird Deutschland bald international alleine an der Spitze stehen. Neben den USA und China haben europäische Nachbarländer wie Österreich und Frankreich Steuersenkungen beschlossen. Man kann den internationalen Steuerwettbewerb beklagen – auf die geschaffenen Fakten sollte die Bundesregierung jedoch reagieren. Die Steuerbelastung der Unternehmen liegt hierzulande bei 30%. OECD-weit liegt die Belastung im Durchschnitt bei 24%, in der EU sogar bei nur 21%. Ein wettbewerbsfähiges Steuersystem ist eine Bedingung dafür, dass wir auch in Zukunft eine erfolgreiche Wirtschaft haben. Die Bundesregierung sollte es deshalb jetzt die Belastung der Unternehmen zumindest auf 25% reduzie-

ren. Erstes Mittel der Wahl wäre eine Senkung der Steuersätze für Unternehmen. Zudem sollten Personenunternehmen weniger stark belastet werden, wenn sie ihre Gewinne wieder investieren. Darüber hinaus ist die Liste mit möglichen Vereinfachungen im Steuerbereich lang. Der DIHK hat hierzu konkrete Vorschläge gemacht. Das kostet den Staat sehr wenig, bringt den Unternehmen jedoch spürbar mehr Freiraum für ihre eigentlichen Geschäfte.

Die aktuelle Konjunkturentwicklung ist ein Weckruf für die Politik. Die Unternehmen in Deutschland erwarten deshalb, dass zusätzlich auch die zahlreichen standortpolitischen Probleme endlich gelöst werden. Vorrangig sind: Ein zügiger Ausbau der Energienetze, die flächendeckende Versorgung mit Glasfaseranschlüssen und 5G-Mobilfunk entlang aller Verkehrswege und auch im ländlichen Raum. Die Unternehmen brauchen zusätzliche Gewerbeflächen. Die Plan- und Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt werden. Das gleiche gilt für die Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

Angesichts der aktuellen „Null-Konjunktur“ und vor allem der strukturellen Verschlechterung unserer Wettbewerbsposition muss die Politik endlich handeln. Grundlegende Diskussionen über die Industriestrategie – so wichtig sie sind – dürfen nicht dazu führen, dass wir uns in inhaltenden Arbeitsvorbereitungen verlieren. Erst recht dürfen wir uns nicht zurücklehnen und zuschauen, wie der Lack abblättert. Der Staat muss sich auf die Verbesserungen der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen konzentrieren, von der alle Unternehmen – groß wie klein – profitieren.

(Sophia A. Krietenbrink, Konjunkturexpertin)

Was zeigt der Blick in die Branchen?

Die Anzeichen für eine langsamere konjunkturelle Gangart kommen aus allen Wirtschaftszweigen. Die Gründe unterscheiden sich jedoch.

Am stärksten sind die Rückgänge in der Industrie. Auf Grund der hohen Exportorientierung sind die Industrieunternehmen besonders vom schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld betroffen. Die verschlechterten Aussichten machen sich auch in merklich reduzierten Investitions- und Beschäftigungsplänen bemerkbar. Zwar liegt der Investitionssaldo (16 Punkte) immer noch klar im expansiven Bereich und weit über dem langjährigen Schnitt (acht Punkte). Der Rückgang im letzten Jahr ist jedoch eklatant (Jahresbeginn 2018: 27 Punkte). Kapazitätserweiterungen verlieren dabei als Investitionsmotiv an Bedeutung (37%, Jahresbeginn 2018: 41%), obwohl der Auslastungsgrad weiterhin hoch ist. Grund dürfte nicht zuletzt die hohe Unsicherheit sein.

Der Konsum ist derweil weiter eine gewisse Konjunkturstütze. Der Einzelhandel, das Gastgewerbe oder personenbezogene Dienstleister rechnen aber mit weniger starken Zuwächsen. Die Sorgen um die Inlandsnachfrage nehmen zu – allerdings ausgehend von niedrigem Niveau. Die Verbraucher profitieren vom Beschäftigungsaufbau, steigenden Einkommen sowie steuerlichen Entlastungen. Allerdings scheint die Kauflaune etwas nachzulassen. Schon 2018 ist die Sparquote spürbar gestiegen.

Auch der Bauboom verliert etwas an Schwung. Zwar laufen die Geschäfte derzeit gut (Lagesaldo: 66 Punkte, Jahresbeginn 2018: 62 Punkte). Für die Zukunft erwarten die Unternehmen jedoch eine weniger dynamische Entwicklung der Bautätigkeit (Erwartungssaldo: acht Punkte, Jahresbeginn 2018: 15 Punkte). Die Spielräume für weiteres Wachstum sind begrenzt. Häufig mangelt es an Personal, um Erweiterungen vorzunehmen. Vier von fünf Baubetrieben sehen im Fachkräftemangel ein Risiko für die Geschäftsentwicklung. Auch die Sorgen um die Entwicklung der Arbeitskosten (49% nach 48% im Vorjahr) sowie vor allem der Energie- und Rohstoffpreise (45% nach 36% im Vorjahr) nehmen zu.

Wo sind zusätzliche Impulse möglich?

Derzeit verdunkelt sich der Ausblick. Allerdings gibt es auch „Aufwärtsrisiken“, also Verbesserungspotenzial, für die DIHK-Prognose.

Erstens ist ein stärkerer positiver Gegeneffekt nach den Schwierigkeiten bei der Umstellung auf den WLTP-Standard zur Abgasprüfung bei PKW möglich. Etwa dann, wenn Käufe doch noch in erheblichem Umfang nachgeholt werden. Das würde Konsum und Investitionen im Inland sowie die Exporte steigern.

Zweitens liegt der Ölpreis (06.02.19: 54 Euro je Barrel Brent) derzeit deutlich unter dem Schnitt des Vorjahres (60 Euro je Barrel Brent). Grund ist auch die Förderausweitung der USA. Bleibt der Preis auf diesem niedrigeren Niveau, profitieren ölimportierende Länder von Kaufkraftgewinnen bei Konsumenten und Unternehmen. Dies könnte die Konjunktur nachfrageseitig stabilisieren.

Drittens hat sich die Unsicherheit im letzten Jahr auch auf die Kaufkraft der Verbraucher ausgewirkt. Positive Signale in 2019, wie weiter steigende Beschäftigung und steuerliche Entlastungen, könnten dafür sorgen, dass der Konsum sich wieder kräftiger entwickelt.

Schließlich gibt es Potenziale für stärker steigende Exporte in Schwellenländer. Im letzten Jahr hat die Anhebung der US-Zinsen viele Währungen unter Druck gebracht. Hinzu kam die Wachstumsverlangsamung in China. Für 2019 ist dann eine bessere Entwicklung denkbar, wenn die moderatere Geldpolitik der US-Notenbank hier für einen gewissen Auftrieb sorgt. Zudem hat die chinesische Regierung bereits geldpolitische Lockerungen angestoßen, um das Wachstum zu stabilisieren. Diese könnten kurzfristig durchaus Wirkung zeigen, wenngleich die langfristigen Risiken in China dadurch eher zunehmen.